



A3

## Antrag

**Initiator\*innen:** CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 28.04.2026)

**Titel:** Keine Militarisierung unserer Unis - Zivilklauseln stärken!

### Antragstext

3115 Die Campusgrün BDV möge beschließen:

3116 "Wir als Campusgrün - Grüne Hochschulgruppen e. V. stehen klar für friedliche  
3117 und zivile Hochschulen ein. Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen sollen  
3118 ausschließlich auf diese Zwecke ausgerichtet sein. Wir lehnen grundsätzlich  
3119 militärische Forschung ab.

3120 Vor dem Hintergrund weltweiter geopolitischer Entwicklungen sehen wir einen Sinn  
3121 in Forschung, die sich mit der Frage beschäftigt, wie wir unsere demokratische  
3122 Gesellschaft schützen können. Dabei bleiben wir stets kritisch, da auch  
3123 friedliche Schutzmaßnahmen indirekt zu einer militarisierten Gesellschaft  
3124 beitragen, welche wiederum Auswirkungen auf Konfliktpotenziale haben.

3125 Wissenschaft an deutschen Hochschulen muss eine explizite Verantwortung für ein  
3126 friedliches Zusammenleben übernehmen. Daher rufen wir alle Hochschulen in  
3127 Deutschland auf, sich eine Zivilklausel zu geben beziehungsweise bereits  
3128 existierende Klauseln zu stärken.

3129 Ein verantwortungsvoller Umgang mit "dual use" Forschung ist unabdingbar.  
3130 Hierfür braucht es die Einsetzung von Ethik-Kommissionen, die sich dieser  
3131 Thematik annehmen und sich mit betroffenen Forschungsvorhaben an den Hochschulen  
3132 auseinandersetzen. Eine generelle verstärkte Verzahnung zwischen militärischer  
3133 und ziviler Forschung lehnen wir ab.

3134 Die ausgerufene Zeitenwende, die Reform der Schuldenbremse und die neuen  
3135 Haushaltspläne zeigen eine deutliche Verschiebung staatlicher Mittel hin zu  
3136 militärischen Zwecken. Dies trifft zeitgleich auf Einsparungen der Länder bei  
3137 der Hochschulfinanzierung. Damit Hochschulen nicht auf Drittmittel aus der  
3138 Rüstungsindustrie oder auf öffentliche Fördergelder angewiesen sind, die an  
3139 militärische Forschung geknüpft sind, braucht es neben einer starken  
3140 Zivilklausel auch eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen statt eines  
3141 Kahlschlags durch die gegenwärtigen Sparmaßnahmen. Die Bereitstellung von  
3142 staatlichen Fördermitteln für militärische Forschung kritisieren wir vor diesem  
3143 Hintergrund.

3144 Der Bundeswehr sowie Unternehmen aus der Rüstungs-, Kriegs- und  
3145 Verteidigungsindustrie sollen keine Räume und Präsenz, beispielsweise in Form  
3146 von Vorträgen, Diskussionsformaten, Karriermessen oder Werbung, an Hochschulen  
3147 zur Verfügung gestellt werden dürfen.

3148 In allen hochschulinternen Gremien, die über diese Thematiken beraten und  
3149 entscheiden, müssen Studierende aktiv eingebunden werden.

3150 Wir sehen Hochschulen als demokratische Institutionen an. Als solche kommt dem  
3151 deutschen Wissenschaftssystem eine besondere Verantwortung für Frieden und  
3152 internationale Zusammenarbeit zu. Der aktuelle gesellschaftliche Zeitgeist der  
3153 Militarisierung darf nicht in unser Hochschulsystem einkehren. Als  
3154 Bundesvertretung grüner Hochschulgruppen machen wir uns dies zur Aufgabe. Der  
3155 Bundesvorstand von Campusgrün - Grüne Hochschulgruppen e. V. wird daher  
3156 beauftragt sich aktiv für diese Forderungen einzusetzen und unsere  
3157 Positionierung in der Öffentlichkeit (Social Media Beiträge und  
3158 Pressemitteilungen) sowie im Austausch mit allen Politiker\*innen, offiziellen  
3159 Amtsträger\*innen sowie insbesondere gegenüber der Partei Bündnis 90/Die Grünen  
3160 zu vertreten und aktiv einzubringen. Der öffentliche Diskurs darf nicht ohne  
3161 studentische Stimmen geführt werden."

## **Begründung**

Geld für Aufrüstung, die `freiwillige` Wehrpflicht, erhöhte Präsenz der Bundeswehr. Der in unserer Gesellschaft aufstrebende Zeitgeist des Militarismus macht auch vor der Hochschullandschaft keinen Stopp. In einer Zeit, in der Gelder gekürzt und an allen Ecken und Enden das Gespenst der Konsolidierung Hochschulen zu Einsparungen zwingt, sitzt das Geld in der Rüstungsindustrie lockerer denn je. Bestehende Zivilklauseln geraten vermehrt unter Beschuss, Forschungsvorhaben für die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie werden verlockender. Dieser Antrag versucht eine erste inhaltliche Auseinandersetzung und Positionierung zu diesem Thema:

**Universitäre Forschung und Lehre sollten ausschließlich auf zivile und friedliche Zwecke ausgerichtet sein. Als demokratische Institutionen, die unsere Gesellschaft maßgeblich mitprägen, fallen Hochschulen eine besondere Verantwortung für internationale Zusammenarbeit und eine friedliche Welt zu. Jegliche militärische Forschung kann dieser Verantwortung nie gerecht werden. Zivilklauseln sind also unabdingbar.**

**Viele per se nicht auf Krieg ausgerichtete Forschung (z.B. im Bereich der KI, Robotik oder Quantencomputing) können auch für militärische Zwecke verwendet. Um den Innovations-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland nicht ausbremsen, braucht es in Bezug auf Dual Use Forschung einen differenzierteren Blick. Einen verantwortungsvollen Umgang und strenge Kontrolle jener Forschungsvorhaben und -ergebnisse muss also gegeben sein. Eine generelle stärkere Verzahnung zwischen ziviler und militärischer Forschung, wie vom BMFTR gewünscht, gilt es aber abzulehnen.**

**Um den verstärkten finanziellen Anreizen aus privatwirtschaftlichen und staatlich bereitstehenden Fördermitteln für militärische Forschung widerstehen zu können, braucht es eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Der Kahlschlag in der Hochschullandschaft muss gestoppt werden. Die Drittmittelabhängigkeit stellt eine große Gefahr für Zivilklauseln dar. Staatliche Fördergelder, die Forschung und Innovation politisch hin zu mehr militärischer Forschung steuern sollen, widersprechen den bisher argumentierten Standpunkten und müssen kritisiert werden.**

**Der aktuelle gesellschaftliche Zeitgeist der Militarisierung darf nicht in unser Hochschulsystem einkehren. Um dies gewährleisten zu können, ist es unvereinbar, universitäre Räume und Präsenz an Militär sowie Unternehmen aus der Rüstungs-, Kriegs- und Verteidigungsindustrie zu geben.**

**Die Diskussion, welche Rolle Hochschulen in der durch den Russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eingeläuteten "Zeitenwende" einnehmen sollen, nimmt Fahrt auf. Als politischer Bundesverband grüner Hochschulgruppen müssen wir eine Positionierung zu dieser wissenschaftspolitischen Fragestellung finden. Der Diskurs darf nicht ohne uns geführt werden.**